

Antrag

Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung;

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Ausschuss für Stadtentwicklung und
Wirtschaftsförderung

Beratungsfolge:

11.07.2007 BVV

BVV/08/VI

Betreff: Umstrukturierung des Amtes für Planen und Genehmigen

Die BVV möge beschließen:

Die BVV ersucht das Bezirksamt, die institutionelle Umstrukturierung des Amtes für Planen und Genehmigen zu prüfen.

Abstimmung im Ausschuss: 9 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen

Berlin, den 26.06.2007

Einreicher: Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung
gez. BV Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____	EINSTIMMIG
_____	MEHRHEITLICH
_____	JA
_____	NEIN
_____	ENTHALTUNGEN

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ zusätzlich in den Ausschuss für
_____ und in den Ausschuss für

Begründung:

Die Vorgänge um die Aufstellung einer Umstrukturierungssatzung und die Erteilung einer Baugenehmigung im Quartier der „Grünen Stadt“ haben gezeigt, dass die Kommunikation in einer großen Struktur wie dem Amt für Planen und Genehmigen unzureichend funktioniert hat und scheinbar parallel laufende Vorgänge weiterreichende politische Grundsatzentscheidungen negativ beeinträchtigen können.

Die BVV empfiehlt das heute aus neun Gruppen bestehende Amt Planen und Genehmigen in zwei neue Ämter aufzuteilen. Auf der einen Seite könnte ein Amt für Bau- und Wohnungsaufsicht gebildet werden, auf der anderen Seite befände sich dann ein Amt für Stadtentwicklung (ggf. und Wirtschaftsförderung).

Eine derartige Neustrukturierung der Ämter bietet eine klare Aufgabenstruktur und ermöglicht so eine transparentere und abgestimmte Arbeitsweise. Für die beiden bisherigen Hauptarbeitsbereiche entstünde eine klare Entscheidungsstruktur im Amt, die außerdem eine eindeutige Abgrenzung der Aufgaben ermöglicht. Der zuständige Stadtrat würde eine bessere Möglichkeit erhalten, wichtige Entscheidungen der BVV und des Bezirksamtes unmittelbar in den Arbeitsprozess einfließen zu lassen. Die Kommunikation zwischen den neuen Ämtern, der BVV und dem Stadtrat würde auf Seite der Verwaltung auf mehrere Personen verteilt, so dass für fachliche Fragen eine höhere Verfügbarkeit von Personen entsteht würde.

In der Verbindung mit der Wirtschaftsförderung liegt das Potenzial eines Bereiches für strategische Bezirksentwicklung und -steuerung für den Bezirk.